

7. ordentliche Sitzung des Senats der Medizinischen Universität im Studienjahr 2012/2013 – Beschlussprotokoll

Studienplanänderung ULG Medical Writing

Der Senat beschließt eine Studienplanänderung des Universitätslehrganges Medical Writing.

Studienplanänderung ClinPhD Studium

Der Senat stimmt der beantragten Studienplanänderung Zahnmedizin Diplomstudium mit Vorbehalt zu, da noch eine Stellungnahme des Universitätsrates einzuholen ist.

Studienplanänderung Zahnmedizin Diplomstudium

Der Senat stimmt der beantragten Studienplanänderung Zahnmedizin Diplomstudium mit Vorbehalt zu, da noch eine Stellungnahme des Universitätsrates einzuholen ist.

Studienplan Masterstudium MolMed

Der Senat stimmt dem beantragten Studienplan Molekulare Medizin mit Vorbehalt zu, da noch eine Stellungnahme des Universitätsrates einzuholen ist.

Neue Geschäftsordnung Senat

Der Senat beschließt die neue Geschäftsordnung Senats.

Gemeinsame Lehre mit LFU

Der Senat befürwortet die Entwicklung eines Masterstudiums Humanbiologie und eines gemeinsame PhD Programmes Life Sciences als gemeinsame Studien mit der LFUI.

Einrichtung eines Primariats für Physikalische Medizin an den Universitätskliniken/LKI

1) Der Senat fordert das Rektorat der Medizinischen Universität Innsbruck auf, eine allfällige Stellungnahme, die einen Verzicht der Medizinischen Universität Innsbruck auf die Einrichtung einer Professur für physikalische Medizin bedeutet, aufgrund deren Aufnahme im Entwicklungsplan unverzüglich zu widerrufen.

2) Der Senat hat beschlossen, dass, wenn der Widerruf im obengenannten Sinne binnen 14 Tagen nicht erfolgt - der Senatsvorsitzende Herr Prof. Martin Krismer ohne weiteren Verzug die Tilakführung davon informiert, dass in der Stellungnahme des Senats zum letzten vorgelegten Entwicklungsplan eine Professur für physikalische Medizin mit mittlerer Priorität bewertet wurde, weshalb ein allfälliger Verzicht der Universitätsleitung nun nicht mehr nachvollziehbar ist.

3) Der Senat hat beschlossen, dass die mit der physikalischen Therapie kooperierenden Fächer (Orthopädie, Traumatologie, Neurologie, Pädiatrie, Innere Medizin, etc) ersucht werden, bis zum 1.10.2013 ein Konzept zu erstellen, das die fachliche Einbindung und Widmung einer Professur für physikalische Medizin näher beschreibt.

Zweckwidmung der Studiengebühren

Der Senat beschließt, die Zweckwidmung der Studiengebühren ausschließlich für die Anschaffung von Ausbildungsgegenständen/-materialien, für den Ausbau des SkillsLab an der MUI und nicht für IT, Personal oder Infrastruktur zu verwenden. Es soll die praktische Aus- und Weiterbildung der Studierenden gefördert werden.

Veröffentlichung der Kriterien für die Absolvierung des 2. Pflichtmoduls des KPJ's im Ausland ab 2014/15

Der Senat fordert, dass der Vizerektor für Lehre und Studienangelegenheiten Richtlinien für die Genehmigung durch das studienrechtliche Organ verfasst und die Studierenden baldmöglichst informiert.

Näh- und Knüpfkurs

durch eine Studienplanänderung ist der Näh- und Knüpfkurs Voraussetzung für die Famulatur-Reife. Der Kurs wurde deshalb in das 2. Studienjahr integriert. Dabei wurde allerdings nicht beachtet, dass nun bei drei Jahrgängen keine Möglichkeit besteht, während dem Studium, einen Näh- und Knüpfkurs zu besuchen und somit entspricht die Ausbildung nicht dem österreichischen Kompetenzlevelkatalog.

Daher fordert der Senat, dass das Rektorat für die entsprechenden Jahrgänge den Näh- und Knüpfkurs zur Gänze finanziert und zusätzlich ein dauerhaftes Wahlfach für die klinischen Semester einrichtet.

Fachvertreter Regelung

Der Senat beschließt eine Regelung, wie jene Fachvertreter bestimmt werden sollen, die in Habilitationsverfahren Gutachter und Gutachterinnen nominieren können.

Novelle des UG, Fusion von Medizinuniversitäten

Der Senat sieht die geplante Novelle des UG als Versuch an, gegen den ausdrücklichen Willen der Gremien und Mitarbeiter einer Universität und unter Missachtung der verfassungsmäßigen Autonomie eine Vereinigung von Universitäten auf Initiative des Wissenschaftsministers und ohne Mitsprache der betroffenen Universitäten zu ermöglichen. Dies widerspricht der Intention der Vollrechtsfähigkeit der Universitäten. Er wird eine entsprechende Stellungnahme in geeigneter Form übermitteln.



Univ.-Prof. Dr. Martin Krismer
Vorsitzender